

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

14.5.1919 (No. 112)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Haupt-
schr.
leiter
G. A. m. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hoch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.40 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5.44 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gefaltete Zeile über deren Raum 30 P. zuzüglich 20 % Steuerzuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Absperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Förderung des Kleinwohnungsbaues.

** Eine größere Anzahl deutscher Hypothekenbanken, darunter auch die Rheinische Hypothekenbank, haben zur Förderung des Kleinwohnungsbaues erhebliche Beträge zur Ausleihung auf Kleinwohnungsbauten zu besonders günstigen Bedingungen, 4 1/2 % Zins ohne Kostenbeitrag und ohne Ertrag des Pfandbriefstempels, bereitgestellt. Die Rheinische Hypothekenbank will ihre reichlichen Mittel in erster Reihe zur Beleihung in unserer engeren Heimat Baden zur Verfügung stellen.

Handhabung der Vorschriften über die Untersuchungshaft.

** Die Vorschriften der Strafprozessordnung über die Untersuchungshaft sind schon bei früheren Reformversuchen, die leider bisher nicht zum Ziele führten, als verbesserungsbedürftig anerkannt worden. Durch vorsichtige Handhabung des geltenden Gesetzes läßt sich auch jetzt schon manche Verbesserung erreichen.

Nach den neuen Anweisungen des Justizministeriums über die Untersuchungshaft soll, worauf früher schon hingewiesen wurde, vor einem Haftbefehl und während der Untersuchungshaft sorgfältig geprüft werden, ob die Schwere und Bedeutung der Tat diese einschneidende Maßnahme erforderlich macht, ferner ob nicht im gegebenen Fall der Untersuchungszweck auch ohne Verhaftung erreichbar ist, auch wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Untersuchungshaft gegeben sind. Da der Untersuchungshaftgefangene infolge seiner Haft in der persönlichen Betätigung für seine Interessen beschränkt ist, wird den Untersuchungsbehörden zur Pflicht gemacht, an seiner Stelle seine Interessen dadurch zu wahren, daß sie die Anträge des Verhafteten möglichst schnell und weitgehend berücksichtigen. Dies gilt für Anträge, die sich auf die Straffache wie auf die Frage der Untersuchungshaft beziehen, die den Verhafteten nicht hindern darf, alle zu seiner Entlassung dienenden Beweismittel herbeizuschaffen. Anträgen auf Beweiserhebungen für die Freilassung, besonders aber darüber, daß Fluchtverdacht nicht vorliegt, soll deshalb von der Staatsanwaltschaft weitgehend und beschleunigt stattgegeben werden. Es wird dafür gesorgt werden, daß vorläufig Festgenommene oder auf Grund eines Haftbefehls eingelieferte Personen raschstens, jedenfalls aber unter genauer Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen durch den zuständigen Richter vernommen werden und daß vor allem rechtzeitige Vernehmung auch an Sonn- und Feiertagen gewährleistet ist. Allgemein aber wird beachtet werden, daß die Untersuchungshaft, mag sie an sich auch noch gerechtfertigt sein, in ihrer Dauer zu der Bedeutung des Straf Falls und zu der Höhe der zu erwartenden Strafe in angemessenem Verhältnis bleibt. Für die Behandlung der Untersuchungshaftgefangenen ist maßgebend, daß ihre Schuld noch nicht feststeht, weshalb sie mit möglichster Schonung der persönlichen Freiheit und Ehre behandelt werden sollen.

Landeskulturarbeiten und Arbeitsbeschaffung durch die Forst- und Domänenverwaltung.

** Wie in anderen Zweigen der Staatsverwaltung wurden auch im Bereich der Forst- und Domänenverwaltung im Interesse der Landeskultur und zur Stärkung des Arbeitsmarktes umfangreiche Arbeiten ausgeführt.

Für Wegneubauten und Wegverbesserungen in den Domänenwäldern sind bis jetzt 200 000 M. aufgewendet worden, weitere 880 000 M. sollen im Laufe des Jahres verausgabt werden.

Um der gesteigerten Brennholznot zu steuern und der vermehrten Nachfrage nach Ruß- (Wau-) Holz gerecht zu werden, wurden in fast allen Wäldern des Staates, der Gemeinden und Körperschaften die planmäßigen Holzhebeposten verstärkt. Gleichzeitig kamen vielerorts aus den Kriegsjahren rückständige Durchforstungsarbeiten zur Durchführung. Dadurch konnten zahlreiche Arbeitslose in der Holzwarenfabrik beschäftigt werden. Am die während des Krieges gleichfalls unterbliebenen Waldkultur- und Schlagpflanzarbeiten nachzuholen, wurde bis jetzt die Summe von 250 000 Mark ausgeben. Wegen der steigenden Einfuhr von Korb- und Flechtweiden mußte die eigene Erzeugung erhöht werden. In 10 Bezirken wurden größere Flächen zu Weidenkulturen hergerichtet und mit Weidenstecklingen angepflanzt, um hieraus insbesondere den steigenden Bedarf der Blindenindustrie zu beden. Weitere Anlagen sind geplant. Zahlreiche

Arbeitslose wurden von dem Forstamt Schwefingen zur Hartholzreinigung und von dem Forstamt St. Blasien zur Beseitigung von Hochwasserchäden und Urtschäden eingestellt. Der Gesamtaufwand hierfür beträgt jetzt schon annähernd 100 000 M.

Zur Förderung der Landwirtschaft und Schaffung von Arbeitsgelegenheit wurden umfangreiche in anderer Weise genutzte oder ertraglose Flächen als Ackerland nutzbar gemacht. Ferner wurden auf den staatlichen Pachtgütern und selbstbewirtschafteten Wiesen, die bei dem Mangel an Arbeitskräften während des Krieges nur notdürftig unterhalten wurden, größere Kultivarbeiten (Ausfüllung tiefliegender, unter Masse leidender Wiesenstücke, durchgreifende Verbesserung und Erweiterung der Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen u. a.) mit einem Gesamtaufwand von rund 310 000 M. durchgeführt.

An weiteren Kulturarbeiten stehen im Vordergrund die maschinelle Ausbeute des Fischweiers auf Gemarkung Kaltschurn (Amt Konstanz) mit einem Umfang von 86 Hektar und einem Aufwand von 145 000 M. zur Gewinnung von Brenntorf und landwirtschaftlichem Gelände, sowie die Kultivierung des Auenlandes (Maschinenwald auf der Gemarkung Gailing), wo weitere 12 Hektar mit einem Aufwand von 62 000 M. zur Umwandlung in landwirtschaftlich nutzbares Gelände in Angriff genommen wurden.

Um der minderbemittelten Landwirtschaft treibenden Bevölkerung Land zu verschaffen, wurde von staatlichem Gelände über 70 Hektar in kleineren Losen weiter in Pacht gegeben, wovon ein größerer Teil auf die bevölkerungsreichen Gegenden von Mannheim, Pforzheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz entfällt.

Mit der Abgabe von Wiesen- und Ackerland in der Nähe der Städte zur Anlage von Klein- und Gemüsegärten an Arbeiter, kleine Landwirte und Beamte wurde fortgefahren; dadurch wurde bei einem Gesamtumfang von 70 Hektar für mehr als 2000 Familien eine Verbesserung der Ernährungsverhältnisse ermöglicht.

Um den Arbeitsmarkt zu stärken und insbesondere den durch den Krieg geschädigten Handwerkern Arbeit und Verdienst zu schaffen, wurden die während der Kriegszeit zurückgestellten baulichen Herstellungen in erhöhtem Maße wieder in Angriff genommen und die für laufende Bauunterhaltung vorgesehenen Mittel erheblich erhöht. Bisher wurden für Unterhaltung und größere Herstellungen an Grundstoffsgebäuden Beträge in Höhe von 211 970 M. ausgeworfen.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde den Gemeinden und Baugenossenschaften Baugelände im Umfang von 370 000 qm unter günstigen Bedingungen und zu ermäßigten Preisen überlassen 137 000 qm hiervon entfallen auf die „Gartenstadt Karlsruhe“ und sonstige Kleinwohnungsbauteile in der Nähe von Karlsruhe, etwa 120 000 qm sind für die Stadt Mannheim in Aussicht genommen; der Rest verteilt sich auf andere größere Städte oder deren unmittelbare Umgebung.

Zum Verkauf der Seife.

** In verschiedenen Gegenden des Reiches, auch in Baden, werden die über den Verkauf von Seife bestehenden Bestimmungen nicht beachtet. Es liegt Seife in Geschäften zum Verkauf aus, die nach den geltenden Einfuhrbestimmungen dem Reichsausfuhr für tierische und pflanzliche Öle und Fette zugelassen werden müßte, da sie aus dem Auslande oder dem besetzten Gebiet nach Deutschland eingeführt ist. In anderen Fällen ordnen Arbeiter- und Soldatenräte den Verkauf von Seife aus Heeresbeständen an. Hierbei werden die Höchstpreise überschritten, zuweilen in einem Maße, daß die geforderten Preise an Wucher grenzen.

Die beteiligten Kreise werden deshalb darauf hingewiesen, daß der Handel mit Seife auf die A. A. Erzeugnisse beschränkt ist. Es ist mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die diesbezüglichen Bestimmungen eingehalten werden. Die ungemein schwierige Rohstoff- und Wirtschaftslage des deutschen Reiches, besonders auf dem Gebiete der Fette, zwingt dazu, mit aller Macht für die Durchführung der bestehenden Vorschriften zu sorgen, da sonst der vollkommene wirtschaftliche Zusammenbruch unvermeidbar ist.

Verleihung von Ehrenzeichen an Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr.

** Das Staatsministerium hat sich mit der Weiterverleihung von Ehrenzeichen für 25jährige und für 40jährige Dienste in der freiwilligen Feuerwehr einverstanden erklärt und wegen der Fertigung neuer Entwürfe solcher Ehrenzeichen das Erforderliche veranlaßt.

Vom Tage.

(Mehr Menschlichkeit!)

Während sich im deutschen Reich die Kundgebungen leidenschaftlicher Empörung häufen (auch die Karlsruher Bevölkerung hat gestern in einer äußerst stark besuchten Versammlung gegen den Gewaltfrieden protestiert), bemühen sich die Reichsregierung und die Friedensdelegation in Versailles, dem Feind eine menschlichere Auffassung der ganzen Sachlage beizubringen und dem Feinde zu beweisen, daß seine Forderungen nicht nur von einer geradezu sadistischen Grausamkeit, sondern auch von wahrer Unvernunft diktiert sind.

Wenn sich schon Frankreich einen großen Teil seiner Kriegskosten von dem besiegten Deutschland bezahlen lassen will, wenn wir schon Leistungen über Leistungen übernehmen sollen, dann müssen wir doch auch die Möglichkeit besitzen, wieder zu gesunden, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen, wieder zu arbeiten und wieder zu verdienen. Da aber niemand zu einer Arbeit gezwungen werden kann, die ihm einen über das Notwendigste hinausgehenden Verdienst einbringt, ist der ganze Friedensvertrag für den Feind selbst ein zweischneidiges Schwert. Denn würden seine Bedingungen von uns angenommen werden, dann wäre eine Gesundung eben unmöglich, dann würden wir einfach nicht in der Lage sein, das zu leisten und das zu bezahlen, was wir leisten sollen, weil eben kein Mensch bei uns ein Interesse daran hätte, über das für den einen Lebensunterhalt dringend notwendige Maß hinaus zu arbeiten und zu verdienen.

Wie sollen wir unser Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen, wenn man uns eine selbstkündige, überseeische Handelspolitik unterzagt, wenn man uns unsere Schiffe nimmt und uns durch ein raffiniertes System von Bestimmungen künstlich vom Auslande abschließt? Wir müssen Rohstoffe importieren, damit unsere Industrie wieder arbeiten kann, und wir müssen unsere Industrieprodukte exportieren, um zahlungsfähig zu bleiben. Darin liegt der unbegreifliche Wahnsinn unserer Feinde, daß sie von uns ein Höchstmaß von Leistungen verlangen, das geradezu ins Gigantische geht, auf der anderen Seite uns aber jede Möglichkeit nehmen, die uns wieder befähigen könnte, Werte zu produzieren.

Wir haben bereits am letzten Samstag an dieser Stelle auf die ganze Furchtbarkeit unserer Lage hingewiesen und dabei betont, wie schwer es für uns sein wird, zu einer Beantwortung der Frage zu gelangen, ob wir unterzeichnen sollen oder nicht. Wir haben in diesem Artikel versucht, das entsetzliche Dilemma, in dem wir uns befinden, so zu schildern, wie es sich in erbarmungsloser Deutlichkeit unserem Auge darstellt. Furchtbar und verhängnisvoll wird zweifellos jede Entscheidung für uns sein: die Zustimmung zum Friedensvertrag oder die Ablehnung. Alles kommt also darauf an, inwieweit es uns gelingen wird, den uns am 7. Mai überreichten Friedensvertrag abzuschwächen. Erst dann, wenn wir sehen werden, zu welchen Modifikationen und Milderungen der Feind bereit ist, kann die letzte Entscheidung gefällt werden. Bei allen unseren Darlegungen sind wir aber von vornherein davon ausgegangen, daß der Friedensvertrag in der uns überreichten Fassung ganz selbstverständlich unannehmbar ist, und zwar schon deshalb, weil er in seinem grotesken Übermaß einfach unerfüllbar ist.

Worauf es uns ankam und auch heute noch ankommt, ist folgendes: wir wollen, daß die entscheidende Frage: „Unterzeichnen oder nicht“ dann, wenn sie spruchreif geworden ist, mit aller Mühsamkeit und mit aller Mühsamkeit geprüft wird; und deshalb läßt es uns keineswegs angebracht oder doch zum mindesten verfrüht, wenn in der vorigen Woche nach dem Bekanntwerden der Bedingungen in einem Teil der deutschen Presse der glatten Ablehnung, d. h. der offiziellen Verweigerung der Unterzeichnung eines solchen Vertrages das Wort geredet wurde. Gewiß mag die es Verhalten damit erklärt werden, daß die betreffenden Blätter annahmen, der uns überreichte Friedensvertrag sei das letzte Wort, das der Feind zu uns zu sprechen habe. Daß eine solche Auffassung nicht richtig ist, ergab sich aus den Mitteilungen

gen der letzten Wochen ganz von selbst. Man hätte man
sonst eine deutsche Friedensdelegation nach Versailles
eingeladen, wenn man ihr nicht die Möglichkeit zu einer
Art von Verhandeln oder Unterhandeln geben wollte?!

Jedenfalls ist es ganz irrig, wenn in einem Heidel-
berger Blatt unser Artikel vom Samstag so gedeutet
wird, als wenn wir damit lediglich die Nachteile
schwarz in schwarz schildern wollten, die sich für uns aus
der Nichtunterzeichnung des Vertrages ergeben würden.
Solches war nicht unsere Absicht. Wir haben von vorn-
herein betont, daß auch ein modifizierter Vertrag — und
mit einem solchen rechnen wir — ganz sicherlich von er-
barmungsloser Härte für uns sein wird, daß es aber
liberale wäre, heute schon die Ablehnung eines solchen
Vertrages zu empfehlen, daß es vielmehr notwendig sei,
mit ruhiger und kühler Besonnenheit zu prüfen, ob uns
die Nichtunterzeichnung nicht doch noch viele schwerer
Schädigen könnte, als die Unterzeichnung des Vertrages.

Der Weg zum inneren Frieden.

Als beachtenswerte Stimme zu unserer inneren Lage im
Zusammenhang mit der Niederwerfung der Münchener Er-
hebung möchten wir einen Leitartikel der „Frankfurter Zei-
tung“ hervorheben, in dem es unter anderem heißt:

Die Geschichte der deutschen Revolution ist um ein Blatt
vermehrte; aber es ist kein Ruhmesblatt, das sie sich eingestuft
hat. Bürgerblut ist in Strömen geflossen. Mit Waffenge-
walt mußte die Münchener Erhebung der radikalsten Tinten
niedergeschlagen werden. In ihrem Sturz hat sie gemeinen
Mord begangen, damit verbrecherische Blutschuld auf
sich gehäuft und dem Werke, das sie aufrichten wollte, den
schwersten Makel angeheftet, der menschliches Tun treffen
kann. Die jetzt bekannt werdenden Einzelheiten machen jeden
führenden Menschen erschauern. Strenges Gericht wird über
die Schuldigen gehalten werden. Sie dürfen der gerechten
Strafe nicht entgehen. Das alte Wort: daß Revolutionen
nicht mit Lavendelöl gemacht werden, ist noch immer zutreffend.
Wenn die Formen des Alten in Staat und Gesellschaft ge-
waltig gestrengt werden — und das ist ja das Wesen revo-
lutionärer Umgestaltungen —, dann geht es hart auf hart,
und niemand wird sich darüber beklagen dürfen, wenn seines
Daseins süße Gewohnheit unerwünschten und ungewohnten
Erschütterungen ausgesetzt wird. Das gilt für den Einzelnen,
wie für ganze Volks- und Gesellschaftsklassen. Aber auch in
Zeiten der Revolution gilt als ehernes Gesetz, daß gemeine
Verbrechen verabscheuenswert bleiben und diejenigen, die sie
begehen, dafür zu büßen haben.

Wir haben gestern schon mit scharfem Nachdruck darauf hin-
gewiesen und damit gleichzeitig einen scharfen Trennungs-
strich gezogen zwischen dem Gesindel, das die Macht, die vor-
übergehend in seinen Händen sich befand, dazu benutzte, seinen
tierischen Instinkten freien Lauf zu lassen und denjenigen, die
mit ihrer Überzeugung in den Dienst einer politischen Idee
sich stellten und für deren Verwirklichung mit dem Mittel
revolutionärer Erhebung zu bekämpfen suchten. Sie mögen
sich gleichfalls strafbar gemacht haben — wer den Erfolg will,
muß auch bei revolutionären Erhebungen das Risiko des Miß-
lingens auf sich nehmen! — und den Gerichten überantwortet
werden; aber sie dürfen nicht auf eine und dieselbe Stufe
mit jenem Verbrechertum gestellt werden, das in blutiger
Mordtat seinen Satz gegen die bürgerliche Gesellschaft zu
bedienen sucht. Sich selber und anderen das klar zu
machen und deutlich vor die Seele zu rufen, mag gewiß nicht
überflüssig sein. Denn der tiefe Abscheu und die leidenschaftliche
Erregung, die durch die Vorkommnisse, wie sie in Mün-
chen zu verzeichnen hat, hervorgerufen werden, beugen die
Gefahr in sich, daß sie leicht zu Verallgemeinerung und da-
mit zu Maßnahmen verleiten, die, ohne der Wiedergeburt
unseres Volkstums zu nützen, obendrein die viel größere
Gefahr weiterer Verschlimmerung und neuer Wirren in sich
bergen. Die sozialdemokratische „Münchener Post“ handelt
daher verdientlich, wenn sie, ebenso wie wir es schon gestern
getan haben, davor warnt, die Leidenschaft Herr über die ge-
sunde Vernunft und die ruhige Überlegung werden zu lassen
und alle zu begehren, die statt zur Selbstbestimmung und damit
zur inneren Befriedigung zu führen, zur Quelle neuer Er-
regung und neuer Verwirrung werden müßten. Das aber
gerade ist es, was wir nach viereinhalb Jahren verheerenden
Weltkriegs und einem halben Jahre noch umherirrender Revo-
lution dringend nötig brauchen; auf der einen Seite die Ein-
sicht, daß an die Stelle des zusammengebrochenen Alten ein
Neues gesetzt werden muß, das dem tiefen sittlichen Gedanken-
inhalt der Revolution viel mehr und in weit härterem Maße
Rechnung trägt, als es bisher der Fall gewesen ist; auf der
anderen die Erkenntnis, daß die Neuordnung unseres staatli-
chen und gesellschaftlichen Aufbaues nicht ungeschichtlich los-
gelöst von dem bisher Gewordenen und noch viel weniger ohne
tiefe Einsicht in die großen nationalen und weltgeschichtlichen
Zusammenhänge vorgenommen werden kann. Angehender viel
für die innere Wiedergeburt und das Gelingen der ge-
waltigen Summe positiver Arbeit, die noch zu vollbringen ist,
wäre schon gewonnen, wenn wir dahin kämen, einander besser
zu verstehen und gegenseitig mit der Achtung zu begegnen,
die ehelichen Gegnern gegenüber am Platze ist. Die heisse
Leidenschaft für die Sache braucht nicht darunter zu leiden,
wenn sie von dem Artlicht des Fanatismus erlöst würde, der
Realitäten gering achtet und darum an ihnen zu Grunde gehen
muß, statt sie in seine Rechnung einzustellen und ihrer als
Trieb- und Förderkraft zu bedienen.

Das aber ist nicht die ganze Gefahr. Es wäre schließlich im
Zuge großer weltgeschichtlicher Geschehens, wie die Revolution
ihn repräsentiert, erträglich und lediglich als Betriebsaufwand
zu buchen, wenn es sich nur um Vorgänge und Fehlschläge
Einzelner handelte. Die viel größere Gefahr aber liegt darin,
daß Fehlschläge wie die der Münchener Mätleute, noch dazu,
wenn sie mit Gewalt belastet sind wie es dort der Fall ist,
das Werk der Revolution selber diskreditieren und in Gefahr
bringen. Diese Gefahr wächst aber in gleichem Maße, wie
die Summe dieser Fehlschläge und der ungeheuren Schädig-
ungen, die durch sie unserer ohnehin schwer bedrohten Exi-
stenz zugefügt wird, ins Angewiesene wächst. Mit Recht ist
darum immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die
gefährlichsten Gegenrevolutionäre diejenigen sind, die die Revo-
lution durch Aufstellung unerfüllbarer Forderungen, durch
Erweckung von Hoffnungen, die eines Tages schwer enttäuscht
werden müssen, durch absolute Nichtachtung aller Wirklichkeit
in die Gefahr bringen, an sich selber zugrunde zu gehen mit
allen unaußenlich schlimmen Folgen, die solcher Zusammen-
bruch für die dann Betroffenen unweigerlich haben müßte.
Revolutionen können rein äußerlich gemacht, sie können aber
in ihrer Wirkung und Verankerung nicht kommandiert werden
mit der brutalen Gewalt des Terrors oder der Waffen. Wer
das glaubt, der verkennt die tiefen sittlichen und geistigen
Kriebskräfte, die das Wesen der Revolution ausmachen müssen,

wenn sie selber zu einer sittlichen Macht im Leben eines Vol-
kes werden will. Wer der Revolution unter dem lässlichen
Gesichtspunkt der Sicherung eines bequemen Daseins seine
Mitwirkung leiht — auch das haben wir in diesen letzten Mo-
naten vieltausendfach erlebt —, wer in ihr wenig mehr als
eine Lohn- und Einkommensbewegung sieht zur Erzielung
eines materiell gesteigerten Einzeldaseins, der unterscheidet
sich als Revolutionär dem Geiste und der Gesinnung nach
nur wenig von jenen anderen „Revolutionsgewinnlern“, die
den Krieg miterlebten als Lieferanten überreicher Waren,
sei es nun Kriegsmaterial für unsere Soldaten gewesen oder
notwendiger Lebensunterhalt für unser hungerndes Volk. Hier
wie dort die rücksichtslose Befriedigung materieller Ansprüche
selbst unter Gefährdung der weiteren Existenz unserer Volks-
wirtschaft.

Gegenüber diesen Selbstsüchtigen und Irregleiteten gilt es,
auf den Geist, aus dem heraus die Revolution geboren ist und
in dem sie fortgeführt und dem Endziel der Aufrichtung einer
wahrhaft sozialen Demokratie entgegengeführt werden muß,
immer wieder hinzuweisen und dafür zu sorgen, daß er nicht
erstickt werde in unfruchtbar und schädlichem Kampfe. Es
war notwendig, dem, was jetzt in München und was früher in
Berlin, in Braunschweig und im Rheinland geschehen ist, mit
der Gewalt der Waffen entgegenzutreten und für Ruhe und
Ordnung zu sorgen. Wer aber glaubte, daß damit genug ge-
sehen sei oder, wer gar der Meinung wäre, daß es nur der
dauernden Stabilisierung militärischer Macht und ausreichender
Polizeigewalt bedürfe, um geordnet Zustände herbeizuführen
und unsere Wirtschaft und unser ganzes staatliche Leben wie-
der in geordneten Gang zu bringen, wer gar glaubte, daß es
gelingen könnte, die Revolution ungeheuren zu machen und
die alte Herrschaftshierarchie wieder aufzurichten, wenn auch
mit veränderter Fassade, der würde sich bitter verrechnen. Die
aus der tiefsten Tiefe der Volksseele und des Volksgemüts
erwachenden Forderungen sind unerblickbare Grundrechte an-
seres Menschentums geworden, an die gegenrevolutionäre
Hände nicht mehr zu greifen wagen werden.

Politische Neuigkeiten.

Reichspräsident Ebert an die amerika- nische Öffentlichkeit.

* In einer dem Vertreter der „Associated Press“ gewährten
Unterredung sagte Reichspräsident Ebert u. a.:

„Die Kundgebung, die ich hiermit durch Sie an die ameri-
kanische Öffentlichkeit richte, bedeutet die moralische Kriegser-
klärung des neuen Deutschland an das ganze übergelebene
System der alten internationalen Politik. Das deutsche Volk
hat die Herrschaft der Gewalt und der Unwahrhaftigkeit bei sich
zu Hause zertrümmert. Es hat das nicht getan, um die Hand
dazu zu bieten, daß dieses selbe System in sinnlos gestalteter
Form der ganzen Welt die Zukunft diktiert. Es pflanzt das
Werk mit den 14 Programmpunkten auf, das Wilson anschei-
nend im Stiche gelassen hat, und es hofft, daß das amerikanische
Volk diesen tieferen Sinn der neuen Auseinandersetzung, die
sich anhebt, richtig erfassen wird.“

Der Entwurf, den man uns vorgelegt hat, bedeutet eine voll-
ständige Regierung des vom Präsidenten Wilson aufgestellten
Friedensprogramms der 14 Punkte, auf dessen Verwirklichung
und nach der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. Novem-
ber 1918 ein Recht zusteht. In seiner Botschaft vom
22. Januar 1917 an den Senat sagte Präsident Wilson:

„Der Sieger darf nicht dem Besiegten seine Bedingungen
aufzwingen. Sie würden in Erniedrigung unter Zwang
und unter unerträglichen Opfern angenommen werden. Sie
würden einen Stachel der Rachsucht und Bitterkeit zurück-
lassen, so daß ein solcher Friede nicht auf einer festen Grund-
lage, sondern nur wie auf Erbsensack ruhen würde. Nur
ein Friede zwischen Gleichen kann von Dauer sein.“

Wo ist in dem Friedensentwurf, den Präsident Wilson mit-
unterzeichnet hat, auch nur eine Spur all der großen Ideale,
die er aufgestellt? Wann ist jemals seit 2000 Jahren einem
Volke ein Friede angeboten worden, der so systematisch auf
seine vollkommene körperliche und geistige, auf seine materielle
und moralische Ermüdung für alle Zukunft ausging? Das
ganze deutsche Volk hofft, daß die Welt das nicht dulden wird,
aber gleichzeitig erklärt es, daß es, unabhängig von dem, was
anderer tun, selber ein solches Unrecht nicht dulden wird. Es
beginnt erst aus der Ohnmacht zu erwachen, in die es unter
Ausnutzung seines tiefsten, ersten Vertrauens auf die Wahr-
haftigkeit des vom Präsidenten Wilson aufgestellten Pro-
gramms seiner 14 Punkte verführt worden ist. Das Erwachen
wird fürchterlich und wir alle sehen ihm mit Bangen ent-
gegen.

Wir wollen zu Ehren Americas annehmen, daß nur eine
vollkommene Unkenntnis der geschichtlichen ethnographischen
und wirtschaftlichen Verhältnisse Südamerikas die Amerika-
ner dazu veranlassen konnte, die polnische imperialistische
Phantasterei mit kritischer Sentimentalität zu übernehmen.
Wir wünschen und hoffen noch immer, daß die neue deutsche
Republik an die ältere Schwesterrepublik Americas nicht verge-
hen appelliert habe. Stellt sich die amerikanische Demokra-
tie wirklich auf den Standpunkt dieser Friedensbedingungen,
so macht sie sich zum Genossen politischer Erpresser.“

Die Einmütigkeit der deutschen Glied- staaten.

* Zu der vorgestrigen Tagung der Nationalversammlung
und des Staatenausschusses waren fast sämtliche Minister-
präsidenten der Gliedstaaten erschienen, so von Preußen
Ministerpräsident Hirth, von Bayern Ministerpräsident Hoff-
mann, von Sachsen Ministerpräsident Dr. Gradnauer, von
Waden Ministerpräsident Geiß, von Hessen Ministerpräsident
Ulrich, ebenso weitere Vertreter von Oldenburg, von Mecklen-
burg u. a. Wie früher in wichtigen Augenblicken der Ge-
schichte sich die deutschen Fürsten um den Kaiser scharten,
haben in dieser schwersten Schicksalsstunde der jungen, deut-
schen Republik die Vertreter der deutschen Volkstämme sich
wie ein Mann hinter den Ministerpräsidenten des Deutschen
Reiches gestellt, um der Reichsregierung ihre Zustimmung zu
der Ablehnung der Friedensbedingungen und ihr volles Ver-
trauen auszudrücken und vor aller Welt zu betonen, daß es
eine eisse Hoffnung unserer Feinde war, wenn sie auf ein
gesondertes Vorgehen irgend eines deutschen Freistaates
rechnen wollten. Der preussische Ministerpräsident Hirth gab
dieser einmütigen Auffassung sämtlicher deutscher Freistaaten
in der von ihm vorlesenen Erklärung berechneten Ausdruck.
(W. B.)

Von der deutschen Delegation.

* Graf Brockdorff-Rantzau empfing vorgestern einer Meldung
der T.-N. zufolge die deutschen Pressevertreter in Versailles
und gab eine kurze Darstellung der politischen Lage. Er er-
klärte, mit der Rede des Reichsministerpräsidenten Scheidemann

in der Sitzung der deutschen Nationalversammlung völlig
übereinzustimmen. Er freute sich, mitteilen zu können, daß
auch Scheidemann mit dem bisherigen Vorgehen der deutschen
Delegation durchaus einverstanden sei.

Graf Brockdorff-Rantzau ließ dann 3 Noten verlesen, die
gestern an die Entente, zu Händen Clemenceaus, weitergegeben
werden sollten. Die erste Note enthalte Einsprüche gegen die Ent-
schädigungsforderungen im Friedensvertrag und enthält zum
Schluß die Bekanntgabe des Materials der Kommission über
die Verantwortlichkeit am Kriege. Die Note behandelt auch
die Gebietsbestimmungen des Friedensvertrages. Zur Saar-
bedenfrage erkennt die Note das Recht Frankreichs auf Ma-
terialentschädigung an, wendet sich aber gegen den Vorschlag,
hierüber mündliche Verhandlungen zu führen. Die Note pro-
testiert gegen die Wirtschaftsbestimmungen des Friedensver-
trages.

Gegen die Fortsetzung des Krieges.

* Nach englischen Meldungen hat die seit Monaten in
Kopenhagen bestehende Liga der Matrosen, Soldaten und Flie-
ger beschlossen, die britischen Soldaten aufzufordern, sich im
Falle, daß der Frieden nicht zustande kommt, nicht als Helfer
Deutschlands mitzubringen zu lassen. Die englische Arbeiter-
partei soll beschlossen haben, sich der Fortsetzung des Krieges
durch Generalstreik zu widersetzen. (T.-N.)

Französische Proteste gegen das Ver- brechen von Versailles.

* Der „Courant“ meldet aus Paris: In Lyon ist wegen
Kundgebung gegen den Friedensvertrag der Entente der
Belagerungszustand verhängt worden. Auch in Marseille ist
ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen worden. (W. B.)

Leipzig von Regierungstruppen besetzt.

* Am Montag früh sind die Regierungstruppen unter Gene-
ral Müller von vier Seiten in Leipzig eingerückt und haben
die Stadt kampflös besetzt. Die Stadt ist ruhig. Es haben sich
keine Zwischenfälle ereignet.

Volksabstimmung im Voralberg.

* Aus Bregenz meldet das W. L. B.: Bei der gestrigen Volks-
abstimmung über die Frage, ob die Landesregierung mit Wert
Verhandlungen über den Anschluß des Landes an die Schweiz
einleiten soll, oder nicht, wurden nach den bisher eingegangenen
Stimmenergebnissen 80 Prozent der Stimmen mit ja und 20
Prozent mit nein abgegeben.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

oc. Der badische Landtag tritt am Freitag, den 16. Mai,
vormittags 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu den
Friedensbedingungen Stellung zu nehmen.

Protest der Karlsruher Bürgerschaft.

* In einer machtvollen Kundgebung gab gestern die Karls-
ruher Bürgerschaft ihrer Empörung über die furchtbaren und
schmachvollen Friedensbedingungen der Entente ihren
Ausdruck. Auf Einladung des Stadtrats, des geschäftsführen-
den Vorstandes der Stadtverordneten und der politischen
Parteien (ausgenommen die U. S. P.) fanden sich mehr als
viertausend Personen, Männer und Frauen aller Kreise der
Bevölkerung, in der Festhalle ein, um ihre Stimme gegen die
größte Vergeßlichkeit und den ungeheuerlichsten Vernich-
tungsplan, der jemals von Menschengehirnen ausgedacht
wurde, zu einem entschlossenen „Nein!“ zu vereinigen. Auch
die Minister Kemmle, Hummel und Trunk nah-
men an der Kundgebung teil.

Oberbürgermeister Siegrist eröffnete die Versammlung mit
Worten scharfster Beurteilung der Bedingungen der Entente,
von denen eine teuflische Ausgehung sei als die andere,
und gab dem Wünsche Ausdruck, daß Gott dem deutschen
Volke die Kraft zu dem einzigen Tat geben möge, die uns noch
rettung bringen könne, nämlich sich zusammenzuschließen zu
dem einmütigen Ausruf: nein und dreimal nein diesen Fried-
ensbedingungen, lieber den Tod als Sklaverei! (Stürmischer
Beifall.)

In flammender Rede, die immer und immer wieder durch
die stürmische Zustimmung der Zuhörer unterbrochen wurde,
besprach Johann Stadtpfarrer Hesselbacher die Bedingungen
der Entente, die er mit dem Keulenschnitz verglich, durch den
ein tollgewordener Sieger im Übermut den nach ritterlichem
Kampfe mehrlos am Boden liegenden Feind zerstückt. Wir
hätten einen harten Frieden erwartet und seien gewillt gewesen,
auch Armut und jahrelange Fronarbeit auf uns zu nehmen,
im Vertrauen auf das Wort Wilsons, das uns einen Rechts-
frieden zusicherte (Zustimmung). Dieses Wort sei gebrochen
worden von einem Mann, der sich der Herr der Welt dünkte,
an der Spitze des größten Staats der Erde steht und seine
Persönlichkeit feierlich einsetzte.

Auf die Hauptpunkte der Ententebedingungen eingehend, be-
leuchtete der Redner den raffinierten Plan der Männer von
Versailles und schilderte die vernichtenden Folgen, die aus
seiner Verwirklichung für das deutsche Volk entstehen würden:
die Losreißung Millionen Deutscher vom Mutterlande, die
Vernichtung von Industrie und Handel, den Rohstoffmangel und
die Arbeitslosigkeit, die Geldentwertung, den Ruin u. den Hun-
ger. Großkapitalisten, die ihre Arbeiter ausaugen, würde es
dann der Befugnis der Entente, die Preise sowohl für die an
Deutschland zu liefernden Rohstoffe, wie für die von
Deutschland erzeugten Fabrikate nach ihrem Gutdünken
festzusetzen, in Deutschland nicht mehr geben, sondern nur noch
Fabrikanten, die mit ihren Arbeitern zusammen am Hunger-
tuche nagen (Stürmischer Beifall). Dann würden unsere
Arbeiter vielleicht die Großkapitalisten wieder zurückwünschen.
Zusammenfassend legte der Redner dar, daß wir im Falle der
Annahme der Friedensbedingungen ein verlorenes Volk
seien, dem nur zwei Wege blieben, Hungertod oder Auswan-
derung des größten Teils der Bevölkerung. Aber wohin? Die
feindlichen Länder seien uns verschlossen, die Kolonien geraubt,
in Rußland würden die Auswanderer noch ein halbes Jahr
früher verhungern als bei uns. Mit der Auslieferung und
der Verurteilung des Kaisers, in dessen Person sich für das
Ausland vielfach auch heute noch Deutschland verkörpere, solle
das deutsche Volk getötet werden, um für ewige Zeiten an
den Schandpfahl gestellt zu werden. Aus dem Werke von
Versailles grünten alle Dämonen der Hölle. Demgegenüber
müsse endlich das Gefühl der nationalen Ehre in uns er-
wachen (Beifall). Das deutsche Volk müsse den Auf erheben:
Wir sind deutsch und weil wir das sind, lassen wir uns diesen

Frieden nicht gefolgt, nicht um alles in der Welt! Wir müßten kein, dreimal kein sagen (Stürmischer Beifall). Ein anderer Rusioa bleibe und nicht. Dieses Nein aber werde überall gehört werden, wo es Menschen gebe, auch beim Feinde. Nicht jeder Franzose sei ein Clemenceau, nicht jeder Engländer ein Lloyd George, nicht jeder Amerikaner gehe mit gebrochenen Worten haufieren wie Wilson (Beifall). Auch in diesen Länder gebe es Menschen, die auf den Ausschrei eines zertretenen und verwundenen Volkes hören. Die Geschichte werde danach richten, ob wir wie stumme Hunde in den Stall gelaufen seien oder ob wir unsere Ehre bis zum letzten gewahrt hätten. Gehe es aber wie es wolle, einmals werde der Morgen kommen, wo die deutsche Kraft erwacht und siegreich über die Erde fährt, der Morgen der Befreiung der Tag, an dem die Welt merke, daß sie ohne Deutschland doch nicht leben könne. — Den Worten des Redners folgte stürmischer, langanhaltender Beifall.

Einmütig sah die Versammlung sodann die folgende Entschlieung.

Die in der städt. Festhalle versammelte Bürgerschaft Karlsruhes erhebt leidenschaftlichen Widerspruch gegen die von unseren Feinden unserem Volk auferlegten Friedensbedingungen, welche Millionen unserer deutschen Volksgenossen von ihrem Mutterland wider alles Recht losreißen und das Recht der Selbstbestimmung der Völker mit Füßen treten.

insbesondere ein wichtiges Gebiet unserer engeren badischen Heimat auf 15 Jahre unter feindlicher Besetzung stellen und den Keller Hafen, eine der wichtigsten Lebensadern der badischen Industrie uns auf viele Jahre tauben, welche durch ihre unumstößlichen Forderungen von Ablieferung der wichtigsten Industrie ein durch die jahrelange Plünderung aufs äußerste erschöpftes Volk neuem Darben, Hunger und Sterben in die Arme werfen, und welche durch ihre finanziellen Maßnahmen die deutsche Arbeit zu einer Fronarbeit im Dienst der Feinde gestalten, so daß das deutsche Volk einem trostlosen Sklavendasein ausgeliefert wäre.

Die erklärt diese Friedensbedingungen für unerfüllbar und unannehmbar.

Die Versammlung gelobt neue Treue zum Deutschen Reich und will in Einigkeit aller Stände und Klassen des Volkes in nimmermüder pflichttreuer Arbeit an dem Aufbau eines neuen Deutschlands mitwirken, das unseren Nachkommen nach all den langen Jahren tiefer Schwach- und Erniedrigung den Morgen der Freiheit bringen wird.

Die Heidelberger Studentenschaft gegen den Gewaltfrieden.

B.C. Am Montag abend hielt die „Heidelberger Studentenschaft“ auf dem Ludwigplatz in Heidelberg eine machtvolle Kundgebung gegen den Gewaltfrieden der Entente ab. Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der gesagt wird, daß die Bedingungen aller Vernunft und Menschlichkeit, insbesondere den Grundfäden des Präsidenten Wilson ins Gesicht schlagen und nur aus kalter Berechnung und blindem Hass entspringen sind, und nicht nur unser Volk, sondern die Kulturwerke der ganzen Welt vernichten würden. In die Abenteurer aller Länder, vor allem an die Hochschulen Englands und Amerikas wird dann die dringende Bitte gerichtet,

den ganzen Einfluss in ihren Händen aufzuwenden, um einen dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeizuführen, der die Schaffung neuer Kulturwerke und eine Veröhnung der Völker ermöglicht. Nur so könnten die seit Jahren zerrissenen alten Bande, die die Völker aller Länder zu gemeinsamen Streben nach Wahrheit, Erkenntnis und Fortschritt in wissenschaftlicher Arbeit einigte, wieder zu neuer für die Kultur der ganzen Welt segensreicher Tätigkeit geknüpft werden. Der deutschen Reichsregierung wird in der Entschlieung feierlich erklärt, daß die Heidelberger Studenten geschlossen zu ihr stehen in ihrem Kampfe um Recht und Existenz des deutschen Volkes. Geh. Hofrat Lindemann richtete nach der Annahme der Erklärung eine Ansprache an die große Versammlung.

Eine Kundgebung aus Weberlingen gegen den Friedensvertrag.

* Aus Weberlingen am Bodensee ist dem Staatsministerium die folgende Kundgebung unter dem 11. d. Mts. zugegangen:

„Über tausend Angehörige der Stadt und des Bezirks Weberlingen, Frauen und Männer ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit sind heute angesichts des schwäbischen Meeres unter freiem Himmel versammelt, um vor dem Gewissen der ganzen Menschheit einmütig flammenden Protest einzulegen gegen die von der Entente dem deutschen Volke gestellten Bedingungen. Sie erkennen, daß diese Bedingungen nichts anderes herbeiführen werden, als die Verflüchtigung und den Untergang des großen deutschen Volkes. In dem unerschütterlichen Bewußtsein, daß mit der Vernichtung der Freiheit des deutschen Volkes die Entwicklung der ganzen Menschheit in Gefahr kommt, verlangen sie, daß die Regierung alle Bedingungen der Feinde zurückweise, die geeignet sein könnten, den Wiederaufbau des deutschen Volkslebens in Frage zu stellen. Sie geloben einmütig und treu hinter allen Forderungen der Regierung zu stehen, die darauf abzielen, Deutschland und damit allen Völkern den wahren Frieden zu bringen.“

Ueber die ungeteilte Unterrichtszeit.

oc. Der Bezirkslehrerverein Mannheim-Stadt nahm in einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung eine Entschlieung über die Durchführung der ungeteilten Unterrichtszeit an der Mannheimer Volksschule an. Weiter begrüßte der Bezirkslehrerverein die von Karlsruhe ausgehende Prüfung von Elternvereinigungen und deren Bestrebungen mit der bestimmten Erwartung, daß im neuen Staate die Eltern und Lehrer nicht mehr Objekte der Schulverwaltung sein dürfen, sondern vielmehr in allen Schulfragen als Träger der Selbstverwaltung gesehlich anerkannt werden.

Keine Erwerbslosenunterstützung für die Sonntage.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Bürgermeisteramt der Stadt Mannheim mitgeteilt, auf eine Anfrage hin, daß Zahlung der Erwerbslosenunterstützung nach der bestehenden Verordnung für die Sonntage unzulässig ist.

Das Nachspiel zur Pforzheimer Revolte.

Die Aufbruchangelegenheit, die im Anschluß an eine Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten am 8. März auf dem Turnplatz in Pforzheim sich entwickelt hatte, wurde gestern von der Strafkammer in Karlsruhe durch eine dritte Verhandlung erledigt. Angeklagt waren eine Anzahl Burschen, meist in recht jugendlichem Alter, die zum Teil in den beiden früheren Strafverfahren abgeurteilt worden waren. Diesmal war der Tumult vor dem Gebäude des „Pforzheimer Anzeigers“ Gegenstand der Anklage und die Sachbeschädigungen, die an dem Hause vorgenommen worden waren. Außer den Jugendlichen hatte sich noch der 58jährige Müller Karl Fekler aus Erzberg zu verantworten. Er wurde wegen Landfriedensbruch mit 7 Monaten Gefängnis bestraft.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 32 des Badischen Gesetzes- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnung: des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisierung: die Ersparung von Heiz- und Beleuchtungsmitteln betreffend.

* Nr. 33 des Badischen Gesetzes- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnung: des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums: die wirtschaftliche Demobilisierung betreffend.

Generalmusikdirektor Philipp Wolfrum †.

* Generalmusikdirektor Professor Philipp Wolfrum, der Dirigent des Heidelberger Vokalvereins ist, wie jetzt erst bekannt wird, am 8. Mai in Samaden in der Schweiz im Alter von 64 Jahren gestorben. Mit Philipp Wolfrum erlief nicht nur Heidelberg, sondern die gesamte deutsche Musikwelt einen schweren Verlust. Er war ein ausgezeichneter Dirigent und Organist, daneben aber auch erfolgreicher Komponist u. hervorragender Gelehrter. Bekannt sind seine Orgelsonaten u. Kammermusikwerke, sein Weihnachtsministerium und eine Anzahl gediegene kleinere Chorwerke. In Heidelberg lebte er seit 1884, zunächst als Universitätsmusikdirektor, Organist und Dirigent des Vokalvereins u. des Evang. Kirchenchors; seit 1898 war er Professor der Musikwissenschaft an der Universität. Ein schweres Leiden hinderte ihn schon seit Jahresfrist, an der Ausübung seiner Heidelberger Ämter.

BC. Bruchsal, 12. Mai. In der Nacht zum Sonntag brannte das Anwesen der Bruchstaler Nahrungsmittelfabrik G. m. b. H. vollständig nieder. Mitterbrannt sind hunderte von Pentern, Gaser, Gaserflocken, Dörrengemüse und andere Nahrungsmittel. Der finanzielle Schaden ist groß, aber durch Versicherung gedeckt.

oc. Laß, 13. Mai. Der Kommunalverband Laß-Stadt erzielte im Jahre 1918 bei 5 Millionen Mark Umsatz einen Überschuß von 30 000 Mark, der als Zuschuß zu den verschiedensten Lebensmitteln wieder an den Konsumenten zurückgegeben werden soll. So wird der Kommunalverband künftig jeden Sack Mehl um 2 Mark billiger an die Käufer abgeben.

BC. Konstanz, 12. Mai. Nach der „Konstanzer Zeitung“ legte ein Flugzeug der Berliner Luftreederei A. G. einen Flug von Berlin nach Konstanz mit zwei Personen in 4 1/2 Stunden zurück.

Die Zerstückelung Deutschlands. Vom Reiche sollen in Ost und West 5 1/2 Millionen Deutsche getrennt werden.



Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus!

Donnerstag, den 15. Mai 1919 (Do. 32.)

Das Glöckchen des Eremiten

Anfang 7 Uhr

Habe meine seit 17 Jahren in Rastatt ausgeübte

Praxis für Zahnheilkunde

nach

Karlsruhe, Kriegstraße 47b

(Haltestelle Karlsruh)

verlegt

Walther Hermsdorf

American Dentist

staatlich diplomiert in Illinois

Telephon 2476

Sprechstunden: 8-12 Uhr

G.467

2-6 Uhr

Für die Gemeindevahlen

empfehlen wir

Die Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreisabgeordneten-Wahlen

von Anton Wiedemann

Landtagsabgeordneter

8^o, 24 Seit., geheftet 40 Pf.

100 Stück 35.- Mark.

Ein neutrales Handbüchlein für Behörden und Wähler mit dem Wissenswerten aus den Gesetzen und Wahlordnungen.

Badenia, Verlag und Druckerei, Karlsruhe i. B.

Alttertümer:

Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen

Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Tel. 1154

Vortrag P. Egidiusmund Brettle

ist schon erschienen unter dem Titel

Der Katholizismus u. die neue Zeit

Mit kirchlicher Druckerlaubnis

Preis mit Feuerungszuschlag 50 Pf.

Nach auswärts mit Porto 55 Pf.

Sozialdemokratie u. Religion

Bertheidigung und Widerlage

von Dr. Josef Schuster

Preis mit Feuerungszuschlag M. 1.10

Nach auswärts mit Porto Mark 1.20

Beide Schriften muß jeder Politiker, gleichviel welcher Partei, unbedingt kennen lernen.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie direkt von

Badenia, Verlag und Druckerei, Karlsruhe i. B.

Wir beschäftigen eine

unentgeltliche

Wohnungs-Beratungsstelle

einrichten für hierherziehende, mit dem Kriegervereinigten in Verbindung stehende Kameraden und versuchen deshalb diejenigen hiesigen Einwohner, welche bereit sind, Wohnungen oder einzelne möblierte oder auch unmöblierte Zimmer zu vermieten, uns alsbald davon Kenntnis geben und dies auch fernherhin durchzuführen zu wollen.

Präsidium des Badischen Kriegerbundes, Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 211.

Kommunal-Verbände!

Kaufmann, 27 Jahre alt, verheiratet, schon zwei Jahre in leitender Stellung bei Kommunalverband, sucht, da sein Posten infolge längerer Krankheit anderweitig besetzt werden mußte, Stellung, eventl. auch auf größ. Lebensmittellager. 1a Zeugnisse vorhanden. Angebote unter G. 494 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Bürgermeister-Stelle!

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Neckargemünd ist neu zu besetzen.

Bewerber aus dem mittleren Verwaltungsdienst, sowie auch volkswirtschaftlich oder juristisch gebildete Herren, resp. solche mit gründlicher praktischer Erfahrung im Gemeinbedienst, wollen ihre Eingabe unter Beifügung eines Lebenslaufes und der Zeugnisse, sowie unter Angabe der Gehaltsanprüche bis längstens 1. Juni ds. Jhs. beim Gemeinderat einreichen.

Neckargemünd, den 8. Mai 1919.

Gemeinderat:

Rirschmayer.

Mein.

Wichtig für die Wahlen!

Neue Gemeindeordnung

für die nicht unter die Städteordnung fallenden Gemeinden in Baden nebst neuer

Gemeinde-Wahlordnung,

sowie der Verordnung betreffend die

Wahl der Bezirksräte und

Kreisabgeordneten.

Bearbeitet nach amtlichen Unterlagen.

Preis geheftet M. 2.40, kart. M. 3.-

Neue Städteordnung

für Baden, nebst neuer

Städte-Wahlordnung.

Bearbeitet nach amtlichen Unterlagen.

Preis geheftet M. 1.80, kart. M. 2.40.

Diese beiden Ausgaben sind bearbeitet mit Berücksichtigung der neuesten Gesetzes-Veröffentlichungen, mit Beigabe aller Verordnungen und Muster, und bieten so die einzig brauchbaren, vollständigen und unbedingt zuverlässigen Unterlagen für alle, die mit den bevorstehenden Gemeindevahlen zu tun haben, also besonders den Gemeindebehörden und Parteibüros, aber auch jedem Wähler.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Schmuckfächer

aller Art und

Pfandscheine

werden stets angekauft in

Weintraubs

An- und Verkaufsgeschäft

Kronenstr. 52. Tel. 3747

Brenn-Holz

Buchen, Eichen, Streden

der Kasten, Forsten, Tannen

(Anseerholz), amtlich fest-

gestellte Preise. Das Holz

wird auf Verlangen von 1

Penner an aufwärts zuge-

führt. Ausgabestelle:

Gerwigstraße 53

Fr. Kempermann

Telephon 5206

Brennholzdepot, Spalterai und

Bleichenstraße

Haltestelle der elektrischen Bahn

am Schlachthof.

Karlsruher

Maschinenlehrschule

G. m. b. H. Karlsruhe.

Donnerstag, den 29. Mai

1919, vormittags 10 Uhr,

findet in Baden-Baden im

Kathausaal die diesjährige

Sauptversammlung

statt, wozu wir die Genossen-

schafter herzlich einladen.

Der Vorstand.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht

2. Bericht des Aufsichtsrats

3. Vorlage der Bilanz

4. Wahl von Rechnungs-

prüfern

5. Auflösung der Genossen-

schaft

6. Erneuerungswahl des

Aufsichtsrates

7. Verschließenes

Wünsche und Anträge

zur Tagesordnung sind 8

Tage vor der Generalver-

sammlung beim Vorstand

einzureichen.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

3896.2.1. Karlsruhe. Der

Kaufmann Adolf Kemmer

hier, Prozeßvollmächtigter

Nachanwalt Dr. Sanders

hier, hat die Klage gegen

den Kaufmann Edmund

Kummle und dessen Ehefrau

Mara geb. Gees, früher

zu Bruchsal, jetzt unbekannt

wo, aus Darlehen vom 25.

Januar 1919 erweitert mit

dem Antrag auf gegen

Sicherheitsleistung vor-

läufig vollstreckbare Ver-

urteilung, a. der Eheleute

Kummle auch zur Tragung

der Kosten des Arrestver-

fahrens und des Arrest-

vollzugs, b. des Ehemanns

Kummle zur Duldung der

Vollstreckung des Urteils

in das eingebrachte Gut der

Ehefrau Kummle.

Der Kläger ladet den

Vollagten auch hierüber zur

mündlichen Verhandlung

des Rechtsstreits vor die

5. Zivilkammer des Land-

gerichts zu Karlsruhe auf

Montag, den 16. Juni 1919,

vormittags 9 Uhr, mit der

Aufforderung, sich durch

einen bei diesem Gericht

zugelassenen Rechtsanwalt

als Prozeßvollmächtigten

vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 24. April 1919.

Gerichtsschreiber

des Landgerichts.

M. 218.2.1. Mannheim.

Die Kaufmann Johann

Adolf Bauer Eheleute in

Mannheim, O. 7, 12 haben

das Angebot des Briefes

des zugunsten des Gesamt-

guts der Fahrgemein-

schaft zwischen Baumwälder

Georg Wilhelm jr. und dessen

Ehefrau, Margaretha geb.

Bohler, in Mannheim für

eine Forderung in Höhe

von 5000 M. im Grund-

buch von Mannheim, Band

210, Heft 30, III. Abteilung

Nr. 6 auf Grundstück Lager-

buch Nr. 4100, Aitera O 7

Nr. 12 eingetragenen Brief-

hypothek beantragt. Der

Inhaber der Urkunde wird

aufgefordert, spätestens in

dem auf Donnerstag, den

11. September 1919, Vor-

mittags 11 Uhr, vor dem

unterzeichneten Gerichte

II. Stock Zimmer Nr. 114,

Saal D anberaumten Auf-

gebotsstermine seine Rechte

anzumelden, und die Ur-

kunde vorzulegen, widrigen-

falls die Kraftlosklärung

der Urkunde erfolgen wird.

Mannheim, 29. April 1919.

Amtsgericht 2. 9.

Grenzsteinlieferung für

die neue Bahnstrecke Tils-

see-Gebrugg zu vergeb-

en, bestehend aus: 1100

Eisenbahngrenzsteinen,

200 gewöhnlichen Grenz-

steinen. Bedingnisheft u.

Zeichnung bei uns -

Zimmer Nr. 8 - einzu-

sehen. Angebote pro Stück

frei Station Tilssee ober

frei Bruch, falls letzterer

nur bis 5 km von der

Neubahnstrecke entfernt

liegt, bis 20. d. Mts. post-

frei und mit der Auf-

schrift „Grenzsteinliefe-

rung“ versehen, bei uns

einzureichen. Zuschlags-

frist 3 Wochen. M. 181.2.1

Bahnbaupolizei Karlsru-

he, 11. Mai 1919.

Gerichtsdirektion der

bad. Staatsbahnen.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe i. B. gegenüber der Hauptpost.

Ausführung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Central-Güterrechts-Register für Baden.

Bruchsal. M. 158. Güterrechtsregister Bd. VI Seite 471 betr. Otto

Häring, Metzgermeister in Bruchsal, und Henriette ge-

borene Veriges. Durch Vertrag vom 10. April

1919 ist der bisherige Gü-

terstand der Errungen-

schaftsgemeinschaft auf-

gehoben und als künftiger

Güterstand die Gütertren-

nung nach den §§ 1426 ff.

des BGB. vereinbart.

Bruchsal, 8. Mai 1919.

Amtsgericht.

Bühl. M. 194. Güterrechtsregister

Bruchsal, 8. Mai 1919.

Bruchsal, 8. Mai 1919.